

**Bundesministerin Dr. Christine Bergmann:**

**Rede anlässlich der Eröffnung der Bundesgeschäftsstelle der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsstellen am 4. Juli 2000 in Berlin**

**Sehr geehrte Frau Heinrich,  
sehr geehrte Frau Tödter,  
sehr geehrte Damen und Herren,**

ich freue mich heute hier bei der Eröffnung der neuen Bundesgeschäftsstelle der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in Berlin dabei zu sein.

Mit ihrer neuen Bundesgeschäftsstelle in Berlin rücken Sie näher an die Bundespolitik heran und das ist gut so. Der Vorteil ist einfach, dass es häufiger zu Treffen mit Verantwortlichen aus der Politik, die dann bei dieser Gelegenheit persönlich überzeugt werden können.

Zur Durchsetzung der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern ist es unabdingbar – und da sage ich ja gar nichts Neues – die Arbeit zu vernetzen, Informationen auf allen Ebenen der Gleichstellungspolitik zu bündeln und in die Diskussion einzubringen, um Erfolg zu haben. Wir alle können von einer guten Vernetzung profitieren.

Sie werden in Zukunft von hier aus die kommunalen Frauenbüros und die Landesarbeitsgemeinschaften koordinieren und unterstützen. Das ist eine wichtige, aber auch keine ganz leichte Aufgabe.

Rund 1650 kommunale Frauenbeauftragte gibt es in Deutschland. Seit Einführung des ersten kommunalen Frauenbüros in Köln 1984 haben sich kommunale Gleichstellungsbüros zu einem zentralen Faktor für die Gleichstellungsarbeit vor Ort entwickelt. In nur 16 Jahren hat sich hier eine Institution etabliert, die aus der kommunalen Arbeit nicht mehr wegzudenken ist. Das ist durchaus eine Erfolgsgeschichte. Darauf können Sie stolz sein.

Nahezu alle Bundesländer haben kommunale Frauenbüros oder kommunale Gleichstellungsstellen durch landesrechtliche Regelungen verankert. Aber kommunale Gleichstellungsbüros arbeiten nicht mit den selben Rahmenbedingungen, sondern sind recht unterschiedlich ausgestaltet und ausgestattet. Auch das ist eine Herausforderung für eine Bundesgeschäftsstelle.

Einige Gleichstellungsbüros, vor allem diejenigen, die durch ihre langjährige und zähe Arbeit schon unstreitbare Erfolge nachgewiesen haben, erhalten auf örtlicher Ebene die notwendige materielle Unterstützung, werden als Gesprächspartnerinnen ernst genommen.

Hier finden sich vor allem in den Großstädten zahlreiche Beispiele. Andere sind vor die Aufgabe gestellt, täglich mit einem prekären Status zurecht kommen zu müssen. Es fehlt ihnen sowohl an ideeller als auch an materieller Unterstützung. Dabei ist es oft nur dem Engagement einzelner Frauen oder Frauengruppen zu verdanken, dass eine erfolgreiche Arbeit umgesetzt werden kann. Sicherlich liegt die Realität vieler Gleichstellungsstellen zwischen diesen beiden Extrempolen.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen und allen danken, die die Arbeit der kommunalen Gleichstellungsstellen unterstützen und fördern. Und ich möchte vor allem jenen danken, die täglich engagiert in den kommunalen Gleichstellungsstellen arbeiten.

Dabei sind auch sie häufig damit konfrontiert, dass der Nutzen und die Notwendigkeit von Gleichstellungsstellen, von Gleichstellungspolitik generell in Zweifel gezogen wird. Ich denke auch nach 16 Jahren faktischer Arbeit der Gleichstellungsstellen warten da noch eine Menge Überzeugungsarbeit.

Wir wollten es einmal genau wissen, wie Frauen heute ihre Interessen definieren, wo sie Interessenkonflikte und Barrieren bei der Verfolgung ihrer Interessen erleben und wie weit sie von der Politik Unterstützung erwarten. Deshalb hat mein Haus beim Institut für Demoskopie Allensbach eine repräsentative Umfrage in Auftrag gegeben.

Die Ergebnisse zeigen überdeutlich, dass auch in der Bevölkerung Handlungsbedarf in Sachen Gleichstellungspolitik gesehen wird. 61% der Westdeutschen und 67% der Ostdeutschen sehen noch ein erhebliches Defizit bei der Gleichstellung von Frauen und Männern. Dabei sehen 78% der Frauen, aber lediglich 44% der Männer in Sachen Gleichstellung noch Handlungsbedarf. Als besonders wichtige Ziele nennen Frauen die Angleichung von Löhnen und Gehältern (71%), die Verbesserung der Möglichkeit beim beruflichen Aufstieg (48%) aber auch die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (77%).

Und überaus wichtig und ermutigend für unsere Arbeit ist, dass eine breite Grundstimmung für eine engagierte und auch organisierte Interessenvertretung der Frauen vorhanden ist. Dies wurde in letzter Zeit gerne bezweifelt. 73 Prozent der Frauen halten es für notwendig, dass Frauen sich organisieren, um ihre Interessen zu vertreten. Die Ergebnisse der Umfrage zeigen uns, dass Frauen, vor allem auch junge Frauen wollen, dass ihre Interessen gezielt vertreten werden, und dass in der Bevölkerung ein erheblicher Handlungsbedarf zur Gleichstellung von Frauen und Männern gesehen wird.

Eins hat die Vergangenheit gezeigt: Wenn wir über die Notwendigkeiten von Gleichstellungspolitik diskutieren, gemeinsame Ziele entwickeln und dies auf den jeweiligen Ebenen umsetzen, können wir Veränderungen erreichen.

Ein Beispiel: Der Nationale Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ist ein Projekt, das die Bundesregierung mit einem großen Maßnahmenbündel im letzten Jahr in Angriff genommen hat. Er begründet sich vor allem auch auf Erfahrungen, die von der kommunalen Ebene kommen. Die kommunalen Gleichstellungsstellen beschäftigen sich seit vielen Jahren mit der Problematik und sind vor Ort aktiv geworden.

Bei der Umsetzung der Einzelmaßnahmen des Aktionsplans auf die kommunale Praxis werden sie eine wichtige Rolle spielen. Deshalb brauchen wir eine gute Zusammenarbeit der verschiedenen Handlungsebenen.

Ich denke, dass wir auch in Zukunft einiges gemeinsam bewirken können. Es ist gut, dass mit der Bundesgeschäftsstelle der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsstellen eine weitere engagierte Einrichtung in Berlin ansässig wird, die den Dialog über gleichstellungspolitische Fragen fördert und Einfluss auf die Gleichstellungspolitik nimmt. Sie bündeln Interessen und Praxiswissen. Deshalb sind sie wichtige Gesprächspartnerinnen.

Zum Abschluss möchte ich den Initiatorinnen für ihr Engagement zur Einrichtung der Bundesgeschäftsstelle danken. Ich freue mich auf weiterhin gute Dialoge und wünsche Ihnen für Ihre zukünftige Arbeit hier in Berlin aber auch auf kommunaler Ebene weiterhin viel Erfolg.